



*vorsicht-
hochspannung.com*

*„Umweltfreundlich erzeugte Energie
muss auch umweltfreundlich transportiert werden!“*

Offener Brief

Colnrade, den 02.07.07

Herrn Ministerpräsident
Christian Wulff
Planckstraße 2
30169 Hannover

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

bezugnehmend auf das Gespräch, das Sie im Januar diesen Jahres mit Vertretern der IG „Vorsicht-Hochspannung“ geführt haben, möchte ich Sie noch einmal auf die Dringlichkeit unseres Anliegens, keine Freileitungen auf Höchstspannungsebene zuzulassen, aufmerksam machen. Wir warten immer noch auf eine Antwort Ihrerseits. Sie hatten zugesagt, sich der Angelegenheit anzunehmen und sich innerhalb von sechs bis acht Wochen zu melden.

Ihre Bemühungen, den Netzbetreiber E.ON Netz für ein Pilotprojekt zu gewinnen, begrüßen wir zwar sehr, aber leider ist vorhersehbar, dass E.ON kein Interesse daran hat. In diversen Gesprächen mit Vertretern von E.ON wurde deutlich, dass E.ON als Netzbetreiber keinen Antrag für ein Pilotprojekt, die Trasse von Ganderkesee nach St. Hülfe als Erdverlegung zu realisieren, stellen wird. Der Antrag für ein solches Pilotprojekt muss aber vom Netzbetreiber gestellt werden. E.ON hat aus Kostengründen kein Interesse daran, eine 380-kV-Leitung unterirdisch zu verlegen, da befürchtet wird, dass dann sämtliche Höchstspannungsleitungen, die in Planung sind, in Zukunft in dieser Technik verlegt werden müssen. Daher halten wir ein freiwilliges Einlenken von E.ON in Bezug auf eine Erdverlegung für mehr als unwahrscheinlich.

Auch bei der Diskussion um das neue Landesraumordnungsprogramm wird der Bau von Stromtrassen diskutiert. Die unterirdische Verlegung von Stromtrassen soll darin ausdrücklich vorgeschrieben werden. Allerdings befürchten wir, dass bei zu langen Diskussionen Netzbetreiber wie E.ON Freileitungen unter Verweis auf die Rechtslage einfach durchsetzen können. Der Faktor Zeit arbeitet für E.ON Netz und gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, da das Verfahren immer weiter fortschreitet. Wir erkennen auch keine wirklichen Bemühungen seitens der Landesregierung, das Verfahren zu stoppen und die Erdverlegung durchzusetzen. Gegenseitige Schuldzuweisungen vom Land zum Bund und umgekehrt helfen hier überhaupt nicht weiter.

Seit drei Jahren kämpfen wir gegen die Freileitung und beziehen sowohl Landes- als auch Bundespolitiker mit ein, aber niemand nimmt die Sache wirklich in die Hand.

Es besteht dringend Handlungsbedarf von Seiten der Niedersächsischen Landesregierung, das Vorhaben Freileitung zu stoppen.

E.ON Netz hat hierzu in der Vergangenheit wiederholt klare Aussagen gemacht: „Wenn die Politik vorschreiben würde, diese Leitung unterirdisch zu verlegen, dann werden wir sie unterirdisch verlegen.“

Sämtliche Fraktionen des Niedersächsischen Landtages sprechen sich für eine Erdverlegung aus. Hierin herrscht große Einigkeit. Der Bürgerprotest gegen weitere geplante Freileitungen wächst, wie z. B. gegen die Trasse Wahle-Mecklar. Gerade vor dem Hintergrund des Klimaschutzes ist GIL fast zwingend notwendig, da sie wesentlich weniger Übertragungsverluste gegenüber der Freileitung hat (Freileitung 14%, GIL 4%). Was fehlt ist der entscheidende Schritt der Nds. Landesregierung, keine weiteren Freileitungen zuzulassen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir als IG setzen große Hoffnungen in Ihre Person. Mit Anwendung der Erdverlegung könnte man auch dem Ziel Niedersachsen als innovatives Bundesland und die BRD als Vorreiter im Bereich des Klimaschutzes wesentlich näher kommen. Nicht nur Niedersachsen sollte ein Interesse daran haben, diesen wichtigen Schritt zu gehen, sondern auch dem Bundesumweltminister, der sich zu der Trasse Wahle-Mecklar geäußert hat, sollte der Netzausbau unter Akzeptanz des Bürgers ein Anliegen sein.

Keine Lösung sehen wir in einer Verschiebung der Trasse. Das Konfliktpotenzial lässt sich nur minimieren, wenn Stromtrassen unter die Erde verlegt werden.

Aus diesen Gründen nochmals unser Appell an Ihre Person, umgehend alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, und den Bau von Freileitung nicht zuzulassen.

Sie haben gesagt: **„Niedersachsen gestaltet Zukunft: Kinder und Familien haben in unserem Land gute Zukunftsperspektiven.“**

Weiter steht in Ihrer Kabinettsmitteilung: **„Nachhaltigkeit umfasst die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Einklang mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Darum kümmern wir uns in Niedersachsen. Hier kann man gut leben, arbeiten und investieren. Die Menschen sind bei uns gut aufgehoben.“**

Außerdem sagten Sie: **„Über geltende gesetzliche Anforderungen hinaus sollen Vorsorge für die Einhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen getroffen und künftige Belastungen vermieden werden.“**

Hier möchten wir Sie beim Wort nehmen. Es liegt einzig daran, ob die Landesregierung und ihr Chef ihren Bürgern diesen Dienst erweisen wollen. Vertreten Sie uns Bürger, vertreten Sie nicht E.ON. Die Energieversorger haben keine Hilfe nötig, wir Niedersachsen schon.

Bekundungen, Verständnis und Bedauern reichen nicht aus, wir fordern Fakten.

In dieser Thematik stecken enorme politische Risiken, ebenso aber auch Chancen!

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Rückantwort

Sprecher der Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“

Frank Windhorst

Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“
www.vorsicht-hochspannung.com